

Thorner Zeitung.



Diese Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme des Montags. - Pränumerations-Preis für Einheimische 2 Mr. - Auswärtige zahlen bei den Kaiserl. Postanstalten 2 Mr. 50 Pf.

Begründet 1760.

Redact or und Expedition Bäckerstraße 39
Inserate werden täglich bis 2^{1/2} Uhr Nachmittags angenommen und kostet die fünfsämtige Zeile der gewöhnlichen Schrift oder deren Raum 10 Pf.

Nr. 263.

Dienstag. den 10. November

1891

Tageschau.

Der Bundesrat wird sich demnächst mit einem Antrage zu beschaffen haben, nach welchem die Herstellung unzulässiger Druckschriften, Abbildungen oder Darstellungen zum Zwecke des Verkaufs, der Vertheilung oder sonstiger Verbreitung, sowie die Feilbietung, die Versendung zum Verkaufe oder Anbietung oder die öffentliche Anpreisung oder Ankündigung zum Zwecke des Verkaufs, der Vertheilung oder der sonstigen Verbreitung solcher Druckschriften, Abbildungen oder Darstellungen mit Geldstrafe bis zu 300 M. oder mit Gefängnis bis zu 6 Monaten bestraft werden soll. Bisher ist nur der Verkauf, die Vertheilung oder sonstige Verbreitung, die Ausstellung oder der Anschlag solcher Werke an Orten, welche dem Publikum zugänglich sind, im Strafgesetzbuch mit Strafe bedroht.

Der Militär-Etat. Nunmehr ist auch der Etat für das preußische Reichs-Militärkontingent und die in die preußische Verwaltung übernommenen Contingente anderer Bundesstaaten erschienen. So weit bekannt wird, übersteigt die Summe der ordentlichen Ausgaben, welche sich etwa auf 328 Millionen Mark belaufen, den Ansatz für das laufende Etatsjahr um etwa 6 Millionen Mark. Die Summe der einmaligen Ausgaben im ordentlichen Etat soll 30 Millionen Mark übersteigen und hinter dem diesjährigen Ansatz um über 3 Millionen Mark zurückbleiben. Dagegen sollen die einmaligen Ausgaben im außerordentlichen Etat die Summe von 80 Millionen Mark übersteigen und ein Mehr von 63 Millionen Mark erfordern. Diese Ausgaben sollen aus der Anleihe gedeckt werden. Es dürfte sich bestätigen, daß die Naturverpflegung wie die Geldverpflegung der Truppen sehr beträchtliche Erhöhungen erforderlich gemacht haben. Die Militäretats für Sachsen, Württemberg und Bayern liegen noch nicht vor.

Die groben Vertrauensbrüche, welche sich bei den letzten Bankkrachs herausgestellt, haben in Berlin schon zum Einschreiten der Behörden Veranlassung gegeben. Dortige Bautungen bestätigen, daß bei verschiedenen Bankiers Revisionen der bei ihnen vom Publikum hinterlegten Depots stattgefunden haben. Auch gezielte Maßnahmen werden vorbereitet.

Die deutsch-italienischen Handelsvertragskonferenzen sind am Sonnabend 6 Uhr in München definitiv abgeschlossen. Am 20. d. M. beginnen in Wien zwischen Deutschland, Österreich-Ungarn, Italien einerseits und der Schweiz andererseits neue Verhandlungen, die man bis Anfang Dezember zu beenden hofft. — In Christiania hat zu Ehren der Offiziere und Kadetten des dort anwesenden deutschen Übungs-Geschwaders ein glänzender Ball stattgefunden. Es wurden Trinksprüche auf den König Oskar und den deutschen Kaiser an der Balltafel ausgebracht.

Zu den vom Deutschen Wochenblatt gebrachten nachträglichen Enthüllungen über die Peters'sche Min-Passag-Expedition bemerkte die Kölnische Zeitung: „Die Mittheilungen des „Deutschen Wochenblattes“ über die Expedition des englischen Kapitäns Bateman, welche Dr. Peters habe aufgreifen sollen, erregen berechtigtes Aufsehen. Daß man Dr. Peters, wenn irgend möglich, verhaften wollte, war bekannt, aber den Grafen Herbert Bismarck zu beschuldigen, er habe in London dem Ministerpräsidenten Lord Salisbury gegenüber den Wunsch geäußert, Dr. Peters bezeugen zu lassen, erscheint uns a.s. der Gipfel des Unkuns!“ — Bei dem Comitee für die Errichtung eines Kaiser-Augusta-Denkmales in Berlin sind bisher 14585 Mark 36 Pf. eingegangen.

Die Ausführungscommission der deutschen Koloniallotterie hat am Sonnabend in Berlin eine Sitzung abgehalten und in derselben beschlossen: „1.) Zur Erforschung der Tiefenverhältnisse des Victoria-Nyanza-Sees wird unter Führung des Laieninspektors Hochstetter eine Expedition entsendet; 2.) Mit Einrichtung einer Schiffswerft am Victoria-See, mit der Herstellung mehrerer Segelboote dasselbst und mit dem Transport eines leichten Dampfers (Peters-Dampfer) nach demselben wird Herr Oskar Borchert beauftragt; 3.) Die Vornahme von Vorarbeiten zur Herstellung eines fahrvaren Weges von der Küste über das Kilimandscharo-Gebirge nach dem Victoria-See wird Herrn Dr. Oskar Baumann übertragen; 4.) Der Beschluß der letzten Sitzung, betreffend den Transport des Wissmann-Dampfers nach dem Victoria-Nyanza bzw. nach dem Tanganyika, zu dessen Ausführung Major von Wissmann zuletzt noch unter dem 6. November d. J. sich telegraphisch der Ausführungs-Kommission gegenüber bereit erklärt hat, wird aufrecht erhalten, da in den Verhältnissen von Deutsch-Ostafrika eine Änderung des im Juli d. J. in Koblenz gefaßten Beschlusses nicht begründet ist. Es wird Sorge getragen werden, daß der Dampfertransport sobald als möglich begonnen wird.“

Der Buchdruckersstreik im deutschen Reiche wird mit dieser Woche seinen Anfang nehmen. Das Erscheinen der Zeitungen ist wohl meist überall gesichert, nur in der Anfertigung der Druckarbeiten wird vielleicht einige Verzögerung eintreten. In vielen Städten sehen die Gehilfen auch ganz und gar vom Streik ab.

Der Krach der neuen russischen Anleihe. Sonnabend war der Termin für die amtliche Beurtheilung auf die angeblich siebeneinhalb gezeichnete russische Anleihe. An diesem

Tage war der Kurs der Anleihe an der Pariser Mittagsbörsen bereits auf 75,75, das ist 4 Prozent unter Zeichnungspreis gesunken. Da zugleich der Kredit forcier aufgehört hat, die Stücke der neuen Anleihe aufzukaufen, die bestellte Caution aber nur 6 Prozent beträgt, so ist mit Sicherheit anzunehmen, daß viele Zeichner die Caution versäumen lassen und die Stücke nicht abnehmen werden. Die Partier Banken werden dadurch in ernste Verlegenheiten kommen.

Der Gouverneur v. Soden in Deutsch-Ostafrika beabsichtigt der „Post“ zufolge eine größere Karawane nach Tabora zu entsenden, welche vor Allem die Stationen des Innern proviantieren und Ablösung bringen soll.

Einen neuen Bankraub in Berlin. Die Hofbankiers Brüder Felix und Sigismund Sommerfeld, Theilhaber der Firma Hermann Friedländer und Sommerfeld, haben Sonnabend Nachmittag in ihrem Geschäftslodge, Unter den Linden, Hand an sich gelegt. Wie ein Lauffeuuer verbreite sich die Nachricht über die ganze Stadt und rief in allen Klassen der Bevölkerung eine hochgradige Erregung hervor. Vor dem Geschäftslodge von Friedländer und Sommerfeld, Unter den Linden 45, sammelten sich die Leute und blickten mit einer gewissen Scheu auf das Firmenschild des Hauses, das mit dem Wappen des Herzogs von Sachsen-Coburg-Gotha geziert ist und dem Publikum die unter den obwaltenden Umständen wenig tröstliche Kunde davon gab, daß Friedländer und Sommerfeld das Recht haben, sich „Hobantiers“ zu nennen. Schuhleute thaten so viel, als in ihren Kräften stand, um Störungen des Verkehrs vorzubeugen und wurden mit Fragen über die Katastrophe bestürmt. Die Auskunft, die sie geben konnten, war nicht sehr reich. Thatjache ist, daß die beiden Brüder Sommerfeld gegen 1 Uhr Mittags sich in ihrem, nach dem Hof des Hauses gelegenen Privatbureau eingeschlossen hatten und daß von den Bewohnern des Hauses bald darauf mehrere Schüsse gehört wurden. Diese Schüsse verachteten die jungen Leute welche in den vorderen Räumen des Geschäfts arbeiteten, und die übrigen Bewohner des Hauses in nicht geringe Aufregung. Es wurde nach einem Schlosser geschickt, aber es verstand geraume Zeit, bis die Thür zu dem Privatbureau der Firmeninhaber geöffnet werden konnte. In dem Zimmer fand man die Brüder mit durchschnittenen Pulsadern und Schußwunden in den rechten Schläfen. Felix Sommerfeld lag bewußtlos auf einem Sofha und man glaubte, daß er tot war; Sigismund Sommerfeld dagegen hatte die Beißnung noch nicht verloren. Die Brüder wurden nach der königlichen Klinik in der Ziegelstraße gebracht und fanden dort in der sog. „Herrenabtheilung“ Aufnahme. Der Zustand der beiden war derartig, daß man nicht an die Möglichkeit ihrer Wiederherstellung glaubte und schon Sonnabend Abend gegen 6 Uhr verschied Felix Sommerfeld. Das Ableben des anderen Bruders wird erwartet. Die Veranlassung zu diesem Selbstmordfest ist schwer. Die Sommerfelds haben spekulirt und sind nicht in der Lage gewesen, den Forderungen ihrer Gläubiger gerecht zu werden, die um so stürmischer waren, als das Vertrauen des Publikums zu privaten Bankinstituten in Folge des Zusammenbruchs des Berliner Bankhauses Hirschfeld und Wolff in den Grundvesten erschüttert ist. Über die Machenschaften der Firma Friedländer und Sommerfeld sind die verschiedenartigsten Gerüchte im Umlauf, die sich auf ihren Werth noch nicht mit Bestimmtheit prüfen lassen. Bedeutende Spekulationen in russischen Werthen sollten zu dem Fall beigetragen haben und diese Lesart verdient um so mehr Bedeutung, als die Firma bekanntmachen nach Russland hin sehr rege Beziehungen unterhielt. Dann sollen der Firma auch in den letzten Tagen Depots gekündigt worden sein, man hat diese Depots angeblich nicht zahlen können, und darauf kamen von den Gläubigern Drohungen mit der Staatsanwaltschaft; ja es wird behauptet und es sprechen gewisse Gründe dafür, daß Sonnabend zu der Verhaftung der Sommerfelds geschritten werden sollte.

Ein Revanchefest und seine Folgen. Es sind gerade vierzehn Tage verflossen seit jener Feier, welche zur Eröffnung der Bahnstrecke St. Maurice-Bussang in Bussang stattfand. Bekanntlich gab diese Festlichkeit den Herren Jules Ferry und Meline Veranlassung zu einigen nicht mißzuverstehenden Revanchereden, die von dem zahlreichen Publikum natürlich mit tosendem Beifall aufgenommen wurden. Unter diesem Publikum befanden sich sehr bedeutenderweise auch mehrere angesehene Bewohner des Oberlasses. Französische Blätter, namentlich der Temps, haben über das Verhalten diese „Elsässer“ gelegentlich der französischen Feier genauen Bericht erstattet, wonach es kaum einem Zweifel unterliegen könnte, daß die Gäste ihr deutschfeindliches Wesen offen zur Schau getragen haben. Natürlich zögerte die reichsländische Regierung nicht, daraus hin die eingehendsten Ermittlungen anzustellen, und diese sind nunmehr entgültig abgeschlossen. Sie haben die Regierung zu einer einschneidenden Maßregel genötigt, eine Maßregel, welche wenigstens die Hauptteilnehmer trifft. In erster Linie wurde der Fabrikant Eduard Gros (Inhaber der Firma Gros, Romani u. Co. in Wesserling) wegen groben Missbrauchs des Gastrechts auf Grund des Gesetzes vom 3. December 1842 aus den Reichslanden ausgewiesen. Herr Gros ist schweizerischer Staatsangehöriger. Sein Genosse Fabrikant Theobald Dreyer hätte gleichfalls die Ausweisung zu

gewärtigen gehabt, doch wäre dazu die Anwendung des Diktatparaphren erforderlich. Dies hat man vorläufig vermeiden wollen, doch hängt das Damoklesschwert über dem Haupte des Herrn Dreyer, der fürs Erste von seinem Ehrenposten als Erbgängersrichter abgesetzt ward. Endlich tritt der Bürgermeister von Hüfferten-Wesserling, Herr Huck, der außerdem Angestellter in der Fabrik des Herrn Gros ist, „auf dringendes Anrathen“ zurück. Es darf als selbstverständlich gelten, daß die Regierung nunmehr an die Spitze dieser Gemeinde einen Berufsbürgermeister stellen wird, der für Beurtheilung der seine amtliche Thätigkeit berührenden Angelegenheiten auch den richtigen Maßstab besitzt. Weiterhin hat sich als Notwendigkeit herausgestellt, daß St. Amarin Thal von dem Polizeizirkus Thama absondern und in St. Amarin einen eigenen Polizeicommissar anzustellen, der mit sicherem Blick und allem Nachdruck das Treiben der Französlinge überwachen und gegebenenfalls dort einzutreten kann. Mit diesem entschiedenen Vorgehen der reichsländischen Regierung wird man wohl einverstanden und zufrieden sein können. Es war aber schon wirklich sehr nötig, zu zeigen, daß es auch jetzt nach Beseitigung des drückenden Pazzwanges noch Mittel und Wege giebt, dem Missbrauch, welchen die Französlinge wieder frisch und fröhlich zu treiben gedachten, kräftig und zielbewußt entgegenzutreten. Das Revanchefest zu Bussang bedurfte einer Sühne: sie ist jetzt der deutschen Sache geworden.

Ein preußischer Regierungsspräfide ent hat eine Polizeiverordnung erlassen, wonach wenn Gast- und Schankwirtschaften oder Kleinhandlungen mit Branntwein und Spiritus als Nebengewerbe in Verbindung mit anderweitigen kaufmännischen Geschäften betrieben werden, auch die letzteren bis 9 Uhr Morgens geschlossen bleiben sollen; den Landräthen war zur Abwendung der durch diese Vorschrift eingeräumte Dispensationsbefugniß erschien wegen der mit solchen Maßnahmen verknüpften Bevorzugung mißlich.

Die Folgen des Prozeß Heine in Berlin. Betreffs der aus dem Fall Heine zu ziehenden Konsequenzen werden in nächsten Woche commissariache Berathungen der beteiligten preußischen Ressort stattfinden, um eine Beschlusffassung des preußischen Staatsmisteriums über die zur Beseitigung der bei diesem Anlaß hervorgetretenen Mißstände vorzunehmenden Maßregeln vorzubereiten. Diese Berathungen sollen in raschster Folge stattfinden, damit in möglichster Beschleunigung der in dem bekannten kaiserlichen Handschreiben kundgegebenen Willensmeinung entsprochen werden könne.

Deutsches Reich.

Unser Kaiser entsprach am Freitag Abend einer Einladung des Reichskanzlers von Caprivi zur Tafel, an welcher die höheren Reichsbeamten vereint waren. Am Sonnabend empfing der Monarch den Präsidenten des Evangelischen Oberkirchenrates Dr. Barkhausen zum Vortrage und später die persönliche Meldung des zum General der Infanterie ernannten kommandirenden Generals des 17. Armeekorps, Lenze. (General Lenze ist bekanntlich der erste bürgerliche General, welcher diesen Rang erreicht.) Am Sonntag Vormittag besuchten die Majestäten die Friedenskirche in Potsdam nur jahre zur Tafel eine Anzahl hochgestellter Personen um sich im Neuen Palais. Ende der Woche gedenkt der Kaiser zu den Hofjagden nach Leglingen zu reisen.

Der Herzog Max Emanuel von Bayern stürzte am Sonnabend Nachmittag bei einer Hasenjagd und erlitt einen Schienbeinbruch. Hilfe war alsbald zur Stelle. — Die M. R. melden die Verlobung der bayerischen Prinzessin Elvira mit dem österreichischen Grafen Wibra.

In Berlin hat am Sonnabend Abend unter sehr starker Beuthitung der Commers der dortigen Studentenschaft zur Feier des 70. Geburtstages der Professoren v. Helmholz und Virchow stattgefunden. Alle politischen Ansprüchen wurden vermieden.

400 Millionen Mark schon bewilligter Anleihe werden in den ersten Monaten nächsten Jahres im Deutschen Reiche und in Preußen zur Zeichnung ausgelegt. Die Summen sind für Bauten, Neuanschaffungen für Armee und Marina &c. bestimmt

Ausland.

Frankreich. Das fortwährende Sinken des Kurss der in Paris ausgegebenen russischen Anleihe, welches in Petersburg sehr verstimmt hat, hatte die Blätter zu wütenden Angriffen auf Rothschild veranlaßt, der als Verbündeter der deutschen Banken die Hauptschuld für diese Erscheinung haben sollte. Die Sache sollte sogar in

der Deputirtenkammer zur Sprache gebracht werden. Es wird aber davon Abstand genommen werden, denn der Finanzminister Rouvier hat aus einer langen Unterredung mit Baron Rothschild die Überzeugung gewonnen, daß lediglich die schlimmen wirtschaftlichen Verhältnisse in Russland das Sinken des Kurses hervorgerufen haben. — Aus Algerien kommt folgende, wohl noch einer Bestätigung bedürfende Meldung: Am 12. August desertierten drei Soldaten der Fremdenlegion, nämlich der Sachse Kober, der Preuße Schwarz und der Chassier Sussy. Auf ihrer Flucht sollen sie zwei Eingeborene getötet und ausgeplündert haben. Am 20. August wurden sie gefangen. Das Kriegsgericht verurteilte Kober und Schwarz zum Tode, Sussy zu 10 Jahren Gefängnis, Degradation und Entziehung der Aufenthalts-Erlaubnis auf zwanzig Jahre.

Großbritannien. Den Engländern drohen Unruhen in Ostafrika: Nach einer Meldung der Times aus Mombasa trifft die Bevölkerung von Witu Vorbereitungen, Masindi anzugreifen. Masindi liegt im südlichen Theile des britisch-ostafrikanischen Küstengebietes, etwa unter dem 3. Grade südlicher Breite, einen Grad nordwärts von der englischen Hauptstation Mombasa. Es ist der Witu am nächsten gelegene Punkt der britischen Besitzungen und daher einem Angriff von dort am ehesten ausgesetzt. — Der Streik der Maschinenbauer in Newcastle ist zu Ende. Diese Woche wird die Arbeit wieder begonnen.

Italien. Der parlamentarische Friedenskongress in Rom ist am Sonnabend geschlossen, und sein Ende hat auf's Neue bewiesen, daß solche Verhandlungen viel mehr schaden, als nützen. Man hat einen Antrag auf Bildung eines internationalen parlamentarischen Comitee's angenommen, welches im Interesse des Friedens wirken soll. Es ist vorauszusehen, daß ein solches Comitee nur den Ausgang von neuen Bänkereien bilden wird, die radikalen Elemente werden darin die Oberhand gewinnen, und statt Versöhnung wird es erst recht Zwist geben. Auf dem nächsten Friedenskongresse in Bern soll ja auch bereits ein Antrag berathen werden, durch welches das Nationalprinzip proklamiert werden soll, oder mit anderen Worten: Die Ansprüche der Franzosen auf Elsaß-Lothringen und der italienischen Radikalen auf Triest und Trent gebilligt werden sollen. Außerdem soll über die Rückgabe des Rechtes der Entscheidung über Krieg und Frieden an die Nationen verhandelt werden. Das unter solchen Umständen ein Krieg viel eher möglich ist, als heute, liegt auf der Hand. Die französischen Chauvinisten schlagen am liebsten ohne Weiteres los.

Oesterreich-Ungarn. Aus Wien werden die erneut von New-York aus verbreiteten Gerüchte, Johann Orth, (Erzherzog Johann) lebe mit seiner Gattin in Chile, für ganz unbegründet erklärt. Die Czechen bleiben sich immer gleich: Die Jury der Prager Landesausstellung beschloß nach stürmischer Beratung daß die Medaillen für die Aussteller nur czechische Inschriften tragen sollen.

Russland. Der unaufhaltsame Sturz der russischen Staatsräte, welchen der Finanzminister Wischnogradski durch alle künstliche Mittel nicht aufzuhalten vermocht hat, soll die Stellung des Ministers erschüttert haben. So lange der Erfolg dem schlauen Finanzminister Recht gab, war sein Wort beim Sparen entscheidend. Jetzt, wo er nur Misserfolge erntet, wird es mit seiner Herrlichkeit bald zu Ende sein. Die Czarenfamilie bleibt bis Anfang Dezember in vollster Zurückgezogenheit in Schloss Livadia in der Krim. — In verschiedenen Gegenden von Russisch-Polen wird gegenwärtig von polnischen Sozialisten eine umfangreiche Agitation betrieben. Die Polizei hat schon verschiedene Verhaftungen vorgenommen.

Amerika. Nach den Berichten der brasilianischen Regierung ist durch den Conflict des Präsidenten Fonseca mit dem Parlament die Ruhe nicht gestört. Es wird aber zugegeben, daß alle politischen Gegner Fonseca's überwacht, das Parlaments-Gebäude und alle Hauptstraßen in Rio de Janeiro militärisch besetzt, die Theater geschlossen sind. Das ein solcher Zustand nach Ruhe aussieht, kann man gerade nicht sagen.

Parteitag der nationalliberalen Partei der Provinz Westpreußen in Graudenz am Sonntag, den 8. November.

Auf Anregung einer Anzahl angesehener Mitglieder der nationalliberalen Partei unserer Provinz wurde am gestrigen Sonntag in Graudenz ein nationalliberaler Parteitag abgehalten. Vormittags 11½ Uhr traten die Vertrauensmänner der Partei im „Goldenen Löwen“ zu einer vertraulichen Besprechung zusammen. Von den 13 Reichstagswahlkreisen der Provinz waren 11 vertreten und insgesamt 30 Delegierte anwesend. Aus Berlin wohnte der Versammlung u. A. bei: Herr Staatsminister a. D. Grellenz Hobrecht, Vorsitzender des nationalliberalen Centralwahlcomittees, Herr Rechtsanwalt Dr. Krause, Reichstagsabgeordneter für Königsberg, und Herr Pätz, Schriftführer des Central-Wahlcomittees. Den Vorsitz der Vertrauensmänner-Versammlung führte Herr Hobrecht. Nachdem aus den verschiedenen Wahlkreisen Bericht erstattet und die innere politische Lage unter besonderer Rücksichtnahme auf die Verhältnisse in der Provinz Westpreußen erörtert worden war, gelangte die Verhandlung mit der Beschlusffassung eines Organisationsstatus und der Wahl eines Provinzial-Comites zum Abschluß. Als Vorort für die Zeit bis zu den nächsten allgemeinen Reichstagswahlen wurde Graudenz gewählt. Das Provinzial-Wahlcomitee trat demnächst zusammen, um sich zu konstatieren.

Nach Beendigung der etwa drei Stunden währenden Versammlung der Vertrauensmänner vereinigten sich die letzteren zu einem gemeinsamen Mittagessen. Den ersten Toast brachte Herr Rechtsanwalt Wagner-Graudenz auf den Herrn Staatsminister a. D. Hobrecht aus, der sich um unsere Provinz Westpreußen schon so viele Verdienste erworben und trotz wiederholter Misserfolge bei den Wahlen doch immer wieder nach Westpreußen zurückgekehrt sei.

Herr Staatsminister a. D. Hobrecht trat als zweiter Sprecher auf und führte aus, daß er anfangs eine geringe Theilnahme an dem heutigen Parteitag befürchtet habe, diese Befürchtung sei jedoch zu seiner Freude hinfällig geworden. Aus fast allen Wahlkreisen seien mehrere Vertrauensmänner erschienen, die fast alle die Hoffnung ausgesprochen, daß bei einer durchgreifenden Organisation der liberalen Gedanke in Westpreußen wieder aufleben werde. Er erinnerte an die Zeit vor 40 und 50 Jahren, da habe das ganze politische Leben ein erfreuliches Bild gezeigt, ein idealer liberaler Geist geherrscht; in den letzten Jahrzehnten sei leider das Bedürfnis, am politischen Leben teilzunehmen, sich enger aneinander

zu schmiegen, verloren gegangen, es sei eine Ermüdung, eine gewisse Niedergeschlagenheit und Mithmuth in der gebildeten Welt eingetreten. In jüngster Zeit jedoch seien Anzeichen dafür vorhanden, daß diese Zeit der Theilnahmlosigkeit am politischen Leben ihrem Ende entgegehe, daß die Wogen des idealen Liberalismus höher schlagen. Und darum, weil das Bedürfnis nach einer Theilnahme am öffentlichen Leben in allen Kreisen sich zu regen beginne, wolle die nationalliberale Partei versuchen, sich enger an einander zu schmiegen und gemeinsam zu wirken für den liberalen Gedanken. Das Vertrauen dazu sei überall vorhanden, der Anfang heute gemacht, hoffen wir auch, daß dem Versuch der Erfolg nicht fehle. Möge der Bund liberaler Männer zum Wohle unseres deutschen Vaterlandes blühen und gedeihen. „Crescat, vivat, floreat.“ Jubelnd stimmen die Anwesenden in den Ausruf ein.

Herr Stadtrath Kosmark-Danzig sprach dem Localcomitee den Dank der Danziger Herren für die Einladung aus und tostete auf Herrn Rechtsanwalt Wagner-Graudenz, dem man die Anregung zur heutigen Zusammenkunft hauptsächlich zu verdanken habe.

Herr Generalsekretär Pätz-Berlin gedachte in anerkennenden Worten eines alten Veteranen der liberalen Partei unserer Provinz, des Landschaftsdirectors Albrecht auf Suzemin, der am Sonnabend seinen 70. Geburtstag gefeiert und darum am Erscheinen verhindert war. Die Anwesenden stimmten dem Vorschlage des Herrn Redners, ein Glückwunschtelegramm an Herrn Albrecht-Suzemin zu senden, freudig bei.

Nach Beendigung des Mittagessens, in dessen Verlaufe die einzelnen Mitglieder noch vielfach die Verhältnisse in ihren Wahlkreisen besprachen, und die jüngsten anwesenden liberalen Männer dem Senior der Versammlung, Herrn Staatsminister a. D. Hobrecht „einen Ganzen“ gekauft hatten, begann um 5 Uhr die

allgemeine Volksversammlung im Schützenhaus, zu der sich eine große Anzahl nationalliberaler Männer eingefunden hatte. Herr Rechtsanwalt Wagner übernahm den Vorsitz und führte in seinen einleitenden Worten aus, daß es sich in unserer Provinz hauptsächlich um den Kampf gegen den Polonismus handle und dazu berufen seinamenlich die gemäßigt liberale Partei. Westpreußen ist preußisch und soll preußisch bleiben! Und damit deutsche Sprache, deutsche Sitte und deutsche Art hier herrschen, müssen wir Männer in den Reichstag schicken, die für das Deutschthum treu kämpfen. Es liegt uns durchaus fern, in feindseliger Weise gegen andere Parteien vorzugehen, im Gegenteil, wir werden mit den Freisinnigen und Conservativen Hand in Hand gehen, wenn es heißt, die Polen und Socialdemokraten zu bekämpfen! Diese allein sind unsere Feinde, mit ihnen werden wir nie zusammengehen, nie Bündnisse schließen. Um unsere Feinde zu bekämpfen, und uns für den Kampf gegen sie zu stärken, das soll der Zweck des heute gebildeten Provinzial-Comites sein!

Darauf nahm Herr Staatsminister a. D. Hobrecht das Wort und führte etwa Folgendes aus: Der Zweck der heutigen öffentlichen Versammlung und derjenigen der Vertrauensmänner soll nicht sein, in eine Polexit gegen die anderen Parteien einzutreten, sondern die Schaffung einer festen Organisation der nationalliberalen Partei in Westpreußen. Die Zersplitterung unter den Fractionen ist leider so groß, daß die Volksvertretung nicht im Stande ist, Einfluss auf die Regierung auszuüben, der ihr gebührt. Es muß sich deshalb vor Allem um ein festeres Zusammensetzen der Parteien in den wichtigsten Fragen handeln, damit sich die Volksvertretung der Regierung gegenüber Einfluss verschafft. In keinem Theile Deutschlands ist die Aufforderung, eng zusammenzuhalten, so dringend, wie gerade in Westpreußen und keine Partei ist berufener dazu, als die nationalliberale. In der Überzeugung, daß alles Recht und alle Freiheit in einem nationalen Staat wurzelt, müssen wir mit ihm stehen oder fallen; darum stellen wir auch die Rücksicht auf die nationale Einheit Allem voran. Und das gerade ist in Westpreußen besonders dringend erforderlich! Darum müssen wir auch alle anderen Rücksichten fallen lassen dem einzigen Ziel gegenüber, unsere Kreise durch Männer vertreten zu lassen, welche für unsere Nationalität kämpfen. Kein deutscher Mann kann deshalb von dem Ausfall der letzten Reichstagswahlen befriedigt sein. Nicht eine Spur von Feindseligkeit ist es etwa, wenn wir gegen die Polen kämpfen, nein, wir würden uns aufrichtig freuen, wenn wir mit den Polen Hand in Hand gehen, sie als preußische Polen begrüßen können. Aber daß das niemals der Fall sein wird, das lehrt uns die Erfahrung in der Vergangenheit. Die Gesamtheit der polnischen Bevölkerung hat immer unter Herrschaft einer Fraction gestanden, die nichts von Preußen wissen wollte. Ich habe die Erfahrung gemacht, daß es stets am Besten ist, in strenger amtlicher Festigkeit den preußischen Standpunkt zu wahren. Ich fürchte, daß die Regierung, wenn sie jetzt versucht, durch Concessions die Polen auf unsre Seite zu ziehen, sich sehr täuscht. Wir erzielen in dieser Beziehung nur dann Erfolge, wenn wir fest auf dem alten Standpunkt stehen bleiben. Westpreußen ist preußisches und deutsches Land und wird es bleiben, wenn wir Deutsche hier zusammengehen. Wir Nationalliberale sind gerade dazu berufen, zur Stärkung und Befestigung des nationalen politischen Lebens in Westpreußen beizutragen. — Wir dürfen einzelne Fragen, wie z. B. gegenwärtig die Handelsverträge zwischen Deutschland und Österreich, der Schweiz und Italien, nicht zur Grundlage der Parteibildung machen, es gibt unendlich wichtige Fragen. Sonst trennen wir Süddeutschland von Westdeutschland, trennen wir das gegenseitige Vertrauen. Wir sindigen an der deutschen Einheit, wenn wir die Frage der Getreidezölle so aufzubauen, daß wir dadurch in Conflict mit unseren süddeutschen Brüdern kommen. Durch die Handelsverträge werden die Zölle auf eine Reihe von Jahren festgelegt und damit hört das fortwährende Andern der Höhe derselben und die dadurch bedingte Beunruhigung auf. — Die Frage der socialdemocraticen Bewegung wird demnächst voraussichtlich auch den Reichstag beschäftigen. Die Zeit hat uns gelehrt, daß es nicht angebracht ist, Gesetze gegen einzelne Parteien zu machen. Die Aufhebung des Socialistengesetzes hat zur Folge gehabt, daß ein Zwiespalt in der socialdemocraticen Bewegung entstanden ist. In einem Punkte aber haben sich die beiden Bewegungen innerhalb der Socialdemocratie auf dem Parteitag in Erfurt geeinigt und der ist der Claffenhaß gegen Alles, was besteht. Diese Predigt gegen die bestehenden Classen ist die Gefahr, welche in der Socialdemocratie liegt. Unsere Partei darf mit Stolz darauf blicken, den Ernst dieser Gefahr stets gewürdigt zu haben. Wir werden auch fernerhin nicht aufhören, Hand in Hand zu gehen mit den uns nahestehenden Parteien, wenn es heißt, die Socialdemocratie zu bekämpfen.

Es ist aber nicht allein unsere Aufgabe, diese Gefahr abzuwenden, sondern auch den nationalen Gedanken in unserer Bevölkerung wieder zu beleben. Und daß dies geschehen wird, dafür liegen untrügliche Anzeichen vor. Wenn wir heute auffordern zum Zusammensetzen, wenn Männer aus der ganzen Provinz sich einigen, zusammenzutreffen, das politische Leben zu beleben und zu kräftigen, und wenn das von verschiedenen Seiten geschieht, so bedeutet das schon ein Umschwung. Redner schloß mit dem Wunsch, daß auch die Provinz Westpreußen ein Beispiel dafür liefern möge, daß durch die gebildeten Stände wieder ein frischer liberaler Zug weht.

Die Worte des Herrn Redners wurden wiederholt von Bravo-Rufen begleitet.

Als zweiter Redner trat Herr Rechtsanwalt Krause aus Berlin, Abgeordneter für Königsberg, auf. Keine Provinzen des Reiches bedürfen der Fürsorge des Staates mehr als unsere Ostprovinzen, so führte Redner etwa aus. Sie sind einmal von der Natur nicht besonders begünstigt, zum Anderen hat die Gesetzgebung nicht immer den Weg eingeschlagen, der dem Gedanken der Ostprovinzen dienlich war. Das Zollgebot hat unsern Osten wenig Vortheile gebracht. Die übrigen gezeitlichen Maßnahmen, als da sind Colonisation, Einrichtung von Rentengütern etc., um dadurch die Schaffungsfähigkeit zu fördern, sind erst Versuche, bei denen man erst abwarten muß, ob sie auch glücken. So lange aber die russische Grenze nicht geöffnet ist, kann von einer Besserung unserer Verhältnisse nicht die Rede sein! Das steht aber nicht in unserer Macht, damit ist eine politische Frage verbunden, nämlich: Ob wir uns da slawiren lassen müssen, wo wir germaniren wollen? Es ist eine Schwäche, wenn man hofft, durch Concessions die Polen zu gewinnen. Es ist das bereits 5 bis 6 Mal versucht, aber immer vergebens. In der Polenfrage können wir nicht mit der Regierung gehen. Wir waren bereits auf dem Wege, deutsche Polen zu machen, da verläßt plötzlich die Regierung diesen Weg und macht Concessions von weittragender Bedeutung. Es wird damit aber nicht das Geringste erreicht, der eingeschlagene Weg der Regierung führt nur zum Unheil für uns Deutsche. Nur in einem einzigen Punkte haben die Polen mit uns gestimmt und das war in der Militärvorlage. Dies geschah aber nur aus rein egoistischen Gründen, denn sollte uns einmal das Unglück treffen, mit unserem russischen Nachbar Krieg führen zu müssen, so hat unter allen Umständen zuerst der Pole den Nachtheil. Sonst haben die Polen noch keine Thaten vollbracht, welche die Regierung veranlassen könnte, von der früheren Politik abzugehen, denn auf Worte, wie sie Herr v. Stablewski auf dem katholischen Katholikentage in Thorn fallen gelassen hat, kann man doch nicht viel geben, das weiß jeder Politiker aus Erfahrung. Die polnische Fraction hat stets nur gegen das deutsche Interesse gearbeitet, darum können wir und gewiß auch keine andre deutsche Partei mit den Polen zusammengehen. Sollte das doch geschehen, wie man es hier und da von der freisinnigen Partei hört, so ist das tief zu beklagen. Die Polen werden nie anders, auch wenn sie noch so schöne Worte reden. Aber die Polen allein können nicht so hartnäckigen Widerstand leisten, wenn nicht das Centrum wäre, dem sie sich anschließen. Das Centrum allein ist die Kraft der Polen, darum müssen wir auch das erste bekämpfen. Jeder Patriot, der seine Pflicht erfüllen will, muß das Interesse des Staates vertreten und das will der Pole nicht, und auch das Centrum nicht, welches nur die Interessen der Kirche vertritt. Keine Partei ist vom Centrum so gehaft, wie die nationalliberale Partei und das ist ein Ruhmesstift für sie. Unsere Feinde sind die Polen und die Ultramontanen, von den Socialdemokraten halten wir das für selbstverständlich. Wir haben die Hoffnung noch nicht aufgegeben, daß wir uns noch einmal mit der Schwesternpartei, der freisinnigen, vereinigen. Beide Parteien, die nationalliberale und die freisinnige, haben in der Beurtheilung der Landgemeindeordnung zusammen gestanden als wirkliche liberale Partei. Hat die Regierung die liberalen Forderungen auch lange nicht alle erfüllt, so hat sie es doch für eine Notwendigkeit eingesehen, den conservativen Wünschen energisch entgegenzutreten, und das ist ihr als Verdienst anzurechnen. Dieses Zusammengehen der beiden liberalen Parteien hat leider bei dem Einkommensteuergesetz nicht bestanden. Durch das letztere wird eine gerechte Besteuerung der Leistungsfähigeren herbeigeführt. Die niederen Classen werden dadurch entlastet, wenn durch den Mehrertrag der Einkommensteuer die Zölle, welche die Lebensmittel für die kleineren Leute vertheuern, aufgehoben werden, wozu Hoffnung vorhanden ist.

Der Standpunkt der nationalliberalen Partei ist den Massen gegenüber, wie jede Mittelpartei, ein schwerer. Wer rechts steht, haut nach links und wer links — nach rechts, wer aber die Mitte einnimmt, der hat sich nach rechts und links zu vertheidigen.

Namens der Versammlung sprach Herr Rechtsanwalt Wagner den beiden Herren Rednern für ihre Worte den Dank aus. Zum Schluss gab Herr Geheimer Kommerzienrat Gibbsone-Danzig seiner Freude über die zu Tage getretenen Erfolge auf dem heutigen Parteitag Ausdruck. Er wünscht, daß es sich die freisinnige Partei noch überlegen werde, ob sie, wie aus einem Artikel der „Danziger Zeitung“ leider zu entnehmen sei, mit den Polen gehen werde.

Mit einem dreimaligen Hoch auf Se. Majestät unsern Kaiser, in welches die Anwesenden begeistert einstimmten, endete die Versammlung.

Wir hegen die feste Zuversicht, daß der gestrige Parteitag schöne und nutzbringende Früchte tragen wird und der liberale Gedanke, das liberale Schaffen und Wirken bei den deutschen Westpreußen kraftvoll wieder hervorbrechen und sich prächtig entfalten wird.

Provinzial-Nachrichten

— Bartenstein, 6. November. (Feuer. — Zugendlicher Brandstifter.) In der Nacht zum Dienstag wurden die Hausbewohner der Lingnauchen Besitzung in Kerschdorf plötzlich durch Feuerlarm aus dem Schlaf geweckt. Die Wirtschaftsgebäude standen in hellen Flammen. Mit knapper Noth konnte nur das lebende Inventarium gerettet werden. Sämtliches Getreide, Raufutter und die meisten Wirtschaftsgeräte sind in Asche gelegt worden. Brandstiftung vermutete man sofort, der Thäter soll bereits dingfest gemacht sein. — Ein Feuer, das vor Kurzem in Trostien drei große Wirtschaftsgebäude zerstörte, ist ebenfalls von böswilliger Hand angelegt worden. Diesmal ist in einem siebenjährigen Knaben, Sohn eines Arbeiters in T., der Brandstifter ermittelt worden. Der Junge soll dem Gutsherrn ganz gelassen bekannt haben, er habe

eine Hand voll Stroh genommen, mit einem Streichholz angefeuert und in ein Fach der langen Scheune gelegt. Die betheiligte Feuerversicherungsgesellschaft hat dem vom Brandungsluck heimgesuchten Gutsherrn eine Entschädigung von 36 000 Mark zuerkannt, trotzdem erleidet er eine bedeutende Einbuße.

— **Pillkallen**, 5. November. (Blutvergiftung.) Der Lehrer H. zu Schwarpeln hatte sich beim Schreiben mit der Stahlfeder den Finger verletzt. Die wenig beachtete Wunde verschlimmerte sich jedoch nach einiger Zeit so sehr, daß der ganze Arm in Mitleidenschaft gezogen wurde. Der Arzt stellte Blutvergiftung durch die in die Wunde gebrachte Tinte fest. H. hat den Verlust des Fingers zu beklagen.

— **Posen**, 6 November. (Folgende Ernteberechnung) veröffentlicht der landwirtschaftliche Centralverein: Regierungsbezirk Bromberg: Winterweizen 1265, Winterroggen 997, Sommergerste 1149, Hafer 1037, Kartoffeln 7624, — in Kilogrammen auf das Hektar (1890: 1212, 836, 1177, 1104, 8660). Für die ganze Provinz stellt sich das Ergebnis (für das Jahr 1890 sind die Zahlen in Klammern angemerkt) wie folgt: Winterweizen 1340 (1303), Winterroggen 972 (889), Sommergerste 1165 (1206), Hafer 1010 (1100), Kartoffeln 7549 (8830). Die Kartoffelernte bleibt hinter dem mittelmäßigen Ertrag des Vorjahres leider noch zurück. Der erste Heuschnitt ist fast durchgehends verdorben, der zweite dagegen im Ganzen gut gewesen. Stroh hat durch die Nässe sehr viel Futterwert eingebüßt.

— **Samter**, 5. November. (Eröffnet.) Eine Gerichtskommission begab sich nach Podborowno Mühle, da der dortige Mühlensitzer Hödt tot auf dem Nojmoer Jagdterrain in einer großen Blutlache liegend gefunden worden war. Nicht weit von der Leiche lag ein verendetes, geschossenes, weibliches Neh. Die gerichtliche Sektion hat ergeben, daß der Mann durch Verreibung des Herzens infolge Schrotgeschusses aus nächster Nähe seinen Tod gefunden habe. Ob Selbstmord, Unfall oder ein Verbrechen vorliegt, dürfte nach der „Neum. Ztg.“ die weitere Untersuchung ergeben.

Locales.

Thorn, den 9. November 1891.

— **Personalien**. Bersekt sind: die Kreishauptschule, Baurath Emil Bauer von Nakel nach Graudenz, Peter Schmitz von Karthaus nach Nakel und Ende von Graudenz nach Karthaus W. Br.

— **Kaiserliche Anerkennung**. Das „Amtsblatt des Reichs-Postamts“ veröffentlicht einen Erlass des Kaisers an den Reichskanzler, in dem er sich anerkennend über die Entwicklung des Post- und Telegraphenwesens, namentlich auch des Fernsprechwesens, und über die Aufbesserung der Besoldung der Unteren und mittleren Beamten dieser Verwaltung ausspricht.

— **Reunsport**. Bei dem Schluss-Zug-Rennen am Sonnabend zu Charlottenburg gewann Lieutenant Dulon vom hiesigen Ulanen-Regiment mit seiner Stute „Philemia“ den 2. Preis.

— **Cavalleria Rusticana**. Vor ausverkauftem Lause gab Herr Direktor Schwarz gestern Abend im Stadttheater in Graudenz die Oper „Cavalleria Rusticana“ mit großem Erfolge. Die Aufführung gelang recht gut und lud den Besuch sämtlicher Theaterbesucher.

— **Der Kaufmännische Verein „Harmonie“** beginn am Sonnabend Abend im „Victoria Garten“ sein Stiftungsfest durch eine kleine, aber recht gemütliche Festlichkeit, auf welcher sich alle Teilnehmer sichtlich amüsierten.

— **Der israelitische Wohlthätigkeitsverein** hat gestern Abend eine General-Versammlung abgehalten. Es stand Erstwahl des Vorstandes an. Die ausscheidenden Mitglieder Adolf Jacob, W. Sultan und Nathan Leiser wurden wiedergewählt. Es wurde gestanzt, ein Festessen abzuhalten und zwar im Artushof, eine Commission wurde mit den Vorbereitungen beauftragt.

— **Arbeiter-Verein**. Die für gestern Nachmittag im Wasserischen Locale anberaumte Versammlung konnte nicht stattfinden, da die polizeiliche Anmeldung wahrscheinlich zu spät erfolgt war. Eine neue Versammlung wird bestimmt zum nächsten Sonntag, den 15. d. M. abgehalten werden.

— **Aenderungen des allgemeinen Kirchengebets**. Der Vorstand des „Allgemeinen deutschen Verbandes“ zu Berlin hat, wie die „K. Ztg.“ hört, an die demnächst in Berlin tagende Generalsynode eine Petition des Inbalts gerichtet, die Generalsynode möge gelegentlich der verfassungsmäßig erforderlichen Genehmigung der vom König am 29. Juli 1889 neu ins Kirchengebet eingeschobenen Fürbitte für „die Schiffe, welche sich auf der Fahrt befinden“ zugleich die Einfügung einer sonntäglichen Fürbitte für die deutschen Colonien beschließen. Im allgemeinen Kirchengebet soll für die Zeit der bevorstehenden Tagung der Generalsynode hinter der Fürbitte für die christliche Obrigkeit Folgendes eingefügt werden: „Insbesondere erlaube und leite durch Deinen Geist die Generalsynode, welche zum Dienst für unsere evangelische Landeskirche gegenwärtig versammelt ist. Läß die Beratungen derselben geschehen in heiliger Sache vor Dir, in lebendigem Glauben und friedfamer Weisheit und schaffe nach Deiner Barmherzigkeit, das daraus eine Frucht hervorgehe, die da bleibt.“

— **Herabsetzung der Gemeindesteuern**. Der Finanzminister hat in einem besonderen Erlass die Regierungspräsidenten angewiesen, darauf zu achten, daß bei der Feststellung der nächstjährigen Gemeindehaushalte auf eine thunlichste Herabsetzung der Gemeindesteuern entsprechend der aus der Selbsteinschätzung zu erwartenden Erhöhung der Steuerveranlagung bingewirkt werde. Dieser Erlass des Finanzministers macht es also den Gemeinden zur Pflicht, Berechnungen darüber anzustellen, welche Wirkung das neue Einkommensteuergesetz auf dem Gebiet der Gemeindeabsteuerung üben werde. Angenommen wird vorweg, daß infolge der Deklaration bei Beibehaltung des bisherigen Prozentsatzes der Kommunalsteuern Mehrerträge erzielt werden.

— **Über die Erfolge der Ansiedlungskommission für Westpreußen und Posen** schreibt die „Schles. Ztg.“: Die Ansiedlungskommission hat ihre Tätigkeit auch in dem abgelaufenen Sommerhalbjahr mit sichlichem Erfolge fortgesetzt. Das bisher im Besitz der Ansiedlungskommission befindliche Areal, in runder Zahl etwa 50 000 ha, ist um ein sehr beträchtliches vermehrt worden. Die Neuerwerbungen innerhalb des letzten Halbjahrs umfassen an zehn größere und kleinere Güter. Auch die Zahl der Ansiedler hat eine sehr erhebliche Vermehrung erfahren. Erst neuerdings traten wieder drei Familien mit achtzehn Köpfen aus dem Württembergischen in Posen ein, um die ihnen im Kreise Bniw angewiesenen Ansiedlungsbauten zu übernehmen. Wie bereits früher erwähnt, sind die Bniw-Ansiedlungsgüter größtenteils mit Württembergern besetzt, die sich dort recht wohl befinden. Die diesjährige Ernte auf den Rentenäatern der Ansiedler hat Ergebnisse gezeigt, welche dem verhältnismäßig guten Kulturzustande des Bodens und dem Fleiß der Leute durchaus entsprechen. Überhaupt hat die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Ansiedler überall einen Grad erreicht, daß sie sich ohne besondere Unterstützung seitens der Ansiedlungskommission fortführen können. Das in der letzten Zeit durch-

geföhrte Prinzip, nur ausreichend kapitalstarken und wirtschaftlich erfahrene Familien zur Ansiedlung zu lassen, hat das Angebot nicht vermindert; dieses übersteigt vielmehr das Bedürfnis noch immer sehr erheblich, sodaß man bedeutend mehr Ansiedler anfänglich machen könnte, wenn man wollte. Einstweilige beobachtet man aber noch die Maxime des langsamem, sicherer Fortschreitens, wenngleich verschiedene Anzeichen dafür sprechen, daß man in Zukunft ein rasches Tempo in der Ansiedlung einzuschlagen gedenkt. Zu dieser Annahme berechtigt außer dem stärkeren Güterauslauf vor Allem die Thatache, daß in dem Etat der Ansiedlungskommission für 1892/93 wieder mehrere erste technische Kräfte beantragt und von dem übergeordneten Ministerium bereits genehmigt worden sind. Ferner wird die kulturelle Instandsetzung der angekauften Güter ungemein gefördert. Gegenwärtig ist die Dainage von etwa fünfzig Gütern im Gange oder doch eingeleitet. Man befolgt damit auch die Absicht, daß die Güter schon vor der Ausübung in einen möglichst hohen Kulturzustand zu versetzen, um die wirtschaftliche Grunlage der Ansiedler von vornherein zu sichern. Von Anfang an ist bei der Ansiedlung die Praxis verfolgt worden, die fremden Zuwanderer möglichst bald zu selbstständigen politischen Gemeinden zusammenzuführen und ihnen auch eigene Kirchen- und Schulverhältnisse zu schaffen. Abgesehen davon, daß den Ansiedlungsgemeinden damit die unumgänglich notwendigen religiösen und geistigen Mittelpunkte gegeben werden, lernen sich die einzelnen Glieder auch als Ganzes fühlen, dessen Förderung wieder im Interesse jedes Einzelnen liegt. Der erfreulichste Erfolg in dieser Richtung ist die am Mittwoch erfolgte Einweihung der ersten evangelischen Kirche zu Lubowo-Lubowisko, Kreis Gnesen. Diese Kirche ist ein würdiger Steinbau mit Thurm und Glocken und kostet etwa 36 000 Mk. Zur feierlichen Einweihung der Kirche hatten sich der Präsident der Ansiedlungskommission, Dr. von Wittenburg, der Baumeister Fischer, der den Bau der Kirche geleitet, und Regierungsrath Dr. Ernst, sowie Mitglieder des Königlichen Konsistoriums nach Lubowo begeben. Die Weihe des schönen Gotteshauses vollzog unter Theilnahme von etwa zwanzig evangelischen Geistlichen, der Gemeindemitglieder und der Schulkinder General-Superintendent Dr. Helsel aus Posen.

— **Die Reserve- und Landwehrübungen**. Dem Vernehmen nach liegt es im Plane, in Zukunft zu den Übungen der Reserve und Landwehr mehr Mannschaften des Beurlaubtenstandes heranzuziehen als bisher. Die Absicht soll dahin gehen, außer den besonderen Übungsklassen wie Offizierspiranten, ehemaligen Einjährig-Freiwilligen welche nicht Offizierspiranten sind, Volkschul Lehrer etc. durchschnittlich jeden Mann im Reserve- und Landwehrverhältnis je eine Übung von 14 tägiger Dauer durchmachen zu lassen.

— **Genehmigung zur Übernahme von Nebenämtern seitens evangelischer Geistlicher**. Anlässlich neuerdings gemachter Bewerbungen erinnert das königliche Konsistorium zu Posen die Herren Geistlichen daran, daß dieselben zur Übernahme von Nebenämtern, wohin namentlich auch die Erteilung des Unterrichts in öffentlichen oder Privatschulen zu rechnen ist, jedesmal einer Genehmigung seitens des Konsistoriums bedürfen. Geistliche, welche zur Zeit ein solches Nebenamt bekleiden und diese Genehmigung noch nicht nachgesucht haben, haben unverzüglich wegen derselben durch Vermittelung des betreffenden Herrn Superintendenten bei dem königlichen Konsistorium vorstellig zu werden.

— **Das Koupieren der Fahrkarten während der Fahrt**. Wie verlautet, hat der preußische Eisenbahnminister das Verbot, welches dem Fahrpersonal das Koupieren der Fahrkarten vom Trittbrett aus während der Fahrt unterlässt und welches, soweit eine Bahnhofsstreppe eingerichtet ist, unanständig durchgeführt werden soll, auch auf die Bug- und Fahrkartentische ausgedehnt.

— **Der Savarie**. Am Sonnabend ist in der Gegend von Gurske auf der Weichsel ein Kahn, der etwa 85 Klafter Holz, Herrn Ferrari gehörend, geladen hatte, auf einen im Strom liegenden Baumstumpf aufgelaufen, wurde leck und sank in wenigen Minuten. Die Besatzung wurde gerettet. Mit der Bergung des Kahnes und der Ladung ist bereits begonnen.

— **Von der Weichsel**. Das Wasser steigt etwas; heutiger Wasserstand 0,01 Mr. über Null. Der Regierungsdampfer „Ente“ hat heute mehrere mit Faschinen beladene Kähne stromaufwärts geschleppt, das Strauchwerk wird oberhalb Thorn bei den Buhnenarbeiten verwendet. Dampfer „Fortuna“ ist aus Polen hier eingetroffen. Der vorhanden gewesene Rohzucker ist bereits verladen, aus Polen eintreffende Kähne haben nur Welzen geladen; der zum Theil für Thorn bestimmt ist.

— **Wegen Diebstahls** wurde vorgestern ein Arbeiter aus Culmsee verhaftet, welcher versucht, bei einem Trödler verschiedene Sachen, welche von einem Diebstahl herührten, zu verkaufen.

— **Polizeibericht**. Verhaftet wurden vorgestern und gestern insgesamt 16 Personen, darunter namentlich Bettler

Vermischtes.

(Verhaftet.) Der Bankier Leipziger in Berlin, dessen Name in den letzten Tagen in Verbindung mit dem vielbesprochenen Bunkerott von Hirschfeld und Wolff genannt wurde, ist am Sonnabend wegen Unterdrückung und Betruges verhaftet worden. Leipziger wird beschuldigt, nicht nur in Gemeinschaft mit Hirschfeld und Wolff die Wechseltreiberei in großartigem Maßstabe betrieben, sondern auch Wertpapiere, die bei ihm lombardiert waren, weiter lombardiert zu haben. An Depots sollen bei Leipziger nur sehr geringe Beträge vorgefunden sein.

(Ein angehender Berliner Steinzeuger,) der in den Kreisen seiner Fachgenossen ein großes Ansehen genießt, und Ehrenämter bekleidet, ist aus der Liste der im Dienste der Stadt beschäftigten Unternehmer gestrichen worden. Es sollen Unregelmäßigkeiten bezüglich des Verbleibs von Steinen vorgekommen sein.

(Der Raubmörder Wechsel) ist aus Spandau in das Untersuchungsgesängnis zu Moabit-Berlin gebracht worden. Wezel ist, nachdem er ein offenherziges Geständnis gemacht, ruhiger geworden.

(Verhaftet.) Der wegen betrügerischen Bunkerotts in Haft genommene Commerzienrat Anton Wolff befindet sich jetzt auf der Lazarettstation des Untersuchungsgesängnisses zu Moabit-Berlin. Die Untersuchung gegen denselben wird vom Landrichter Schulz geführt.

Die Opfer des Erdbebens in Japan. Die Londoner japanische Gesellschafttheilt nachfolgende, ihr zugehörige Depesche mit: Bei dem Erdbeben vom 28. Oktober in den Verwaltungsbezirken Achi und Gifu kamen 6500 Personen ums Leben. 9000 Personen wurden verwundet. Die Zahl der zerstörten Häuser wird auf 7500, die der beschädigten auf 1200 angegeben. — Bei Napur in Indien entgleiste ein britischer Militärzug, 5 Personen sind tot, 3 verwundet.

Ein Landengewehr hat der Kaiser sich neulich, wie schon erwähnt, vorschriften lassen. Erfinder derselben ist der Kunstslosser Dietrich in Potsdam. Die Waffe soll den Zweck haben, durch die Vereinigung von Schuß und Stich den Kavalle-

rieangriff zu verstärken. Dietrich hat schon verschiedene andere Erfindungen gemacht, die ihm freilich nicht zuviel einbrachten.

— (In Köln) ist, wie bekannt, ein Matrosenfotograf nach Urteil des Kriegsgerichts erschossen. Der Mann hatte zwei Jahre bei der ersten Matrosendivision gedient und auf der Rückfahrt von Yokohama nach Kiel bei einer Meuterei einen Deckoffizier erschlagen.

Letzte Nachrichten.

(Zum Zusammenbruch der Bankfirm Friedländer u. Sommerfeld) berichten Berliner Zeitungen noch: Sonnabend Vormittag hatten sich die Brüder Sommerfeld noch nach der Börse begeben, wo sie noch mit andern Bankiers ruhig und heiter plauderten. Gegen 2 Uhr verließen sie das Gebäude, um sich nach dem Stammgeschäft Unter den Linden 45 zu begeben. Hier aber warteten auf sie Beamte der Kriminalpolizei, welche die Durchsuchung der Geschäftsbücher forderten. Daraufhin begaben sich beide Brüder unter dem Vorzeichen, die Bücher zu holen, nach dem Privatkomtoir, und gleich darauf erschienen zwei Schüsse. Die erschreckt Eindringenden fanden nun beide Brüder im Blute schwimmend am Fußboden liegen. Felix Sommerfeld, der ältere Bruder, war auf der Stelle tot, die Kugel war durch das Gehirn gedrungen und hatte den sofortigen Tod herbeigeführt. S. Sommerfeld hatte nach dem Herzen gezielt und die Kugel war nahe dem Herzen in die Brust gedrungen. Er wurde noch lebend nach der königlichen Klinik, Ziegelstraße, überführt, doch ist nur geringe Hoffnung vorhanden, ihn am Leben zu erhalten. Das Geschäft wurde sofort polizeilich geschlossen und ein Schutzmann-Doppelposten vor der Thür aufgestellt. — Die Kunde von dem Geschehen verbreitete sich mit Windeseile durch Berlin. Unaufförmlich rollten Equipagen und Droschen vor die Thür des Ladens. Fortgesetzt hörte man laute Verwünschungen. Nicht nur Wohlhabende sollen geschädigt sein, sondern auch vielfach kleine Leute. Sigismund Sommerfeld lebte mit seiner Frau in Scheidung; er unterhielt schon seit geruher Zeit mit einer Tänzerin eine intime Liebschaft, die Frau S. veranlaßte, sich von ihrem Gatten zu trennen. Felix Sommerfeld erhielt bei seiner vor wenigen Jahren erfolgten Hochzeit eine Mitgift von 500000 Mk. Beide Brüder lebten auf sehr großem Fuße und hatten noble Passione. — Schon vor einigen Jahren stand die Firma Friedländer und Sommerfeld am Rande des Bunkerotts, wurde jedoch aus dieser Lage durch den Schwiegervater des Felix Sommerfeld (Kommerzienrat Pinkus, in Firma Feig und Pinkus) durch namhafte Unterstützung gerettet. Die Wechsel von Friedländer und Sommerfeld wurden von Berliner ersten Bankhäusern nie genommen und scheinen von Wucherern diskontiert worden zu sein; im Differenzgeschäft galten sie bei besseren Häusern gleichfalls nicht als Aufgabe und ihre Ordres wurden nur in beschränktem Maßstabe seitens der vereideten Makler ausgeführt. Im Publikum dagegen verstand die Firma durch Reklame sich ein bedeutendes Renommee zu schaffen, und so kam es, daß die Depositenbeträge ganz bedeutend sind, welche ihnen anvertraut wurden; der Kundenkreis der Firma ist weniger in Berlin, als in der Provinz zu suchen, doch sind auch Berliner bessere Reise, namentlich höhere Beamte, am Zusammenbruch begeistert; ebenso arbeiteten Friedländer und Sommerfeld, gegen das Börsenverbot, auch mit Kommissorten von Bankgeschäften und mit Kassenboten. — Der Zustand des Sigismund Sommerfeld war am Sonntag derartig, daß Aussicht auf Erhaltung des Lebens vorhanden ist.

Wasserstände der Weichsel und Brahe.

Weichsel:

Thorn, den 9. November	0,01 unter Null
Warschau, den 4. November	0,48 über "
Culm, den 4. November	0,25 unter "
Brahemünde, den 6. November	2,24 "
Brahe:	
Bromberg, den 6. November	5,28 "

Verantwortlicher Redakteur: Wilhelm Gruppe in Thorn.

Wetter: trübe.

(Abes pro 1000 Kilo per Bahn.
Weizen fest und höher, Kleines Angebot, 123/4 pfd. bunt 218/19 Mr., 124/25 pfd. hell 221/22 Mr., 126/28 pfd. hell 223/25 Mr., seines über Rot.
Roggen fest 110/13 pfd. 220/24 Mr., 115/19 pfd. 225/228 Mr.
Gerste Brauware Mr. 168—171.
Hafer Mr. 163—70.
Lupinen blau, trocken Mr. 83—85.

Telegraphische Schlüsse.

Berlin, den 9. November.

Tendenz der Fondsbüre: befestigt.	9. 11. 91	7. 11. 91
Russische Banknoten p. Cassa	203,—	203,40
Wechsel auf Warshaw kurz	202,50	202,90
Deutsche 3%, proc Reichsanleihe	97,70	97,60
Preußisch 4 proc Confolz	105,20	105,10
Polnische Pfandbriefe 5 proc	61,20	61,50
Westpreußische 3½ proc Pfandbriefe	49,40	—
Disconto Commandit Anteile	165,40	168,—
Oester. Creditactien	147,10	147,50
Oesterreichische Banknoten	173,15	173,20
Weizen: November-December	235,75</	

Ordentliche Sitzung der Stadtverordneten Versammlung
Mittwoch, den 11. November 1891,
Nachmittags 3 Uhr

Tagessordnung:
Nr. 1. Betr. die Superrevision der Rechnung der Krankenhauskasse pro 1889/90.

Nr. 2. Betr. desgl. der Siechenhauskasse.

Nr. 3. Betr. den Final-Abschluß der Kasse des St. Jacobs-Hospitals pro 1. 4. 1890/91, sowie vorgekommene Etatsüberschreitungen.

Nr. 4. Betr. desgl. der Kasse des Elenden-Hospitals.

Nr. 5. Betr. die Etatsüberschreitung von 44 Mk 73 Pf. bei Titel IV Pos. 4 des Uferklassen-Etats.

Nr. 6. Betr. desgl. von 109 Mk 56 Pf. bei Titel V Pos. 1 des Schlachthausklassen-Etats.

Nr. 7. Betr. desgl. von 19 Mk 28 Pf. bei Abtheilung C (Elementar-Töchterschule) Tit. V Pos. 1 des Schulklassen-Etats.

Nr. 8. Betr. die Bewilligung von 120 Mk 70 Pf. Umzugskosten für Lehrer Pledger.

Nr. 9. Betr. das Protocoll über die ordentliche Kassenrevision vom 28 October d. J.

Nr. 10. Betr. die Überweisung des Bestandes der Wittwen- und Waisenkasse in Höhe von 10 900 Mk. an den Rämmerei-Capitalfonds.

Nr. 11. Betr. die Verwendung eines Überschusses der Forfkasse von 10 000 Mk.

Nr. 12. Betr. den Final-Abschluß der Krankenhauskasse pro 1. April 1890/91 und die vorgekommenen Etatsüberschreitungen.

Nr. 13. Betr. die contowise Zusammensetzung der Spareinlagen in der städtischen Sparkasse.

Nr. 14. Betr. den Bericht über die Fleischbeschau pro April bis September 1891.

Nr. 15. Betr. den Betriebsbericht der Gasanstalt pro September 91.

Nr. 16. Betr. die Weitervermietung des Uferplatzes vor der Defensionskaserne.

Nr. 17. Betr. die Beleihung d. Grundstücks Thorn, Mellinst. 103.

Nr. 18. Betr. den Final-Abschluß der Siechenhauskasse pro 1. April 1890/91 und die vorgekommenen Etatsüberschreitungen.

Nr. 19. Betr. die Anlegung einer Telegraphen-(Fernsprech)-Leitung von dem Laden des Goldarbeiters O. Friedrich in der Breitenstraße nach dessen Wohnung in der Mauerstraße.

Nr. 20. Betr. die Wahl eines zweiten Spritzenmeisters, sowie die Anstellung und Wahl eines Wagenmeisters bei der Stadtfeuerwehr.

Nr. 21. Betr. die Benennung der nach dem Drewitschen Grundstück führenden Straße.

Nr. 22. Betr. das Verzeichniß der gegen den Etat der Rämmereikasse pro 1891/92 entstandenen Mehrausgaben.

Thorn, den 7. November 1891.

Der Vorsitzende
der Stadtvorordneten-Versammlung,
gez. Foothke.

Holzverkaufsbekanntmachung. Oberförsterei Schirpiz

Am 11. November 1891
von Vormittags 10 Uhr ab sollen

in Ferrari's Gathaus zu Podgorz aus dem diesjährigen Trockenheitschläge in den Schutzbezirken Karschau, Rudak und Lugau folgende Brennholzer:

ca. 140 Km. Kiefern-Kloben,
ca. 90 Km. Kiefern-Spaltknüppel,
ca. 350 Km. Kiefern-Reisig I. Kl.
öffentliche meistbietend zum Verkaufe ausgeboten werden.

Schirpiz, 6. Novbr. 1891.

Der Königl. Oberförster.

Gensert.

Agenten-Gesuch!

Eine erste rheinische Cognac-Brennerei, deren Produkte an Feinheit bisher nicht übertroffen wurden, und bei gleicher Güte um 30% billiger sind als französischer Cognac, sucht an allen Hauptplätzen Ost- und Westpreußens, wo noch nicht vertreten, zuverlässige, fleißige Agenten gegen hohe Provision. Fr. Offerten sub T 9835 an Rudolf Moss, Köln.

Eisendreher

finden von sofort bei hohem Lohn, dauernd Beschäftigung.

Glogowski & Sohn, Ziowrazlaw,

Maschinenfabrik und Kesselschmiede.

Maurer

finden dauernde Beschäftigung b.

Kasernebau i. Strasburg Westpr.

finden dauernde Beschäftigung b.

Beilage der Thorner Zeitung Nr. 263.

Dienstag, den 10. November 1891.

Wo die Dinge hinaus sollen.

Die Bewegung im Buchdruckergewerbe, welche am Sonnabend durch eine allgemeine Arbeitsniederlegung in vielen Städten des Reichs ihren Höhepunkt erreicht hat, findet auch außerhalb der Fachkreise großes Interesse. Ganz natürlich, denn kein anderer moderner Gewerbebetrieb steht in so regem Zusammenhang mit dem Publikum, mit allen Ständen desselben, als die Buchdruckerkunst: Zeitungen, Zeitschriften und Bücher, von anderen Sachen ganz abgesehen, das sind die Fabrikate des Buchdruckergewerbes, auf die alle Kreise der Nation nun einmal angewiesen sind, die sie ebenso wenig entbehren können, wie das tägliche Brod und eine Betriebsstörung im Buchdruckergewerbe berührt daher das ganze Volk. Es ist bekannt, daß der Durchschnitts-Deutsche — leider — nicht viel Geld für geistige Nahrung ausgibt; das Bücherkaufen ist in Deutschland eine Sache, die sehr viele Leute für überflüssig halten. Bei den Zeitungen und Zeitschriften stehen die Dinge schon etwas günstiger, aber wir sind auch hier noch unendlich weit gegen England, Amerika, Frankreich usw. zurück, wo es ganz selbstverständlich ist, daß Ledermann seine eigene Zeitung liest, mag er nun Groß-Kaufmann, Handwerker oder Arbeiter sein. Man denke sich nun, daß im Buchdruckergewerbe eine erhebliche Vertheuerung der Betriebskosten eintreten würde, die natürlich wieder auf das Publikum abgewälzt werden müßte. Was würden wohl die Folgen sein? Das verehrte deutsche Publikum würde nicht etwa diesen Preiszuschlag tragen, sondern es würde noch weniger Geld für Bücher, Zeitungen und Zeitschriften ausgeben, als es heute schon geschieht. Dem Buchdruckergewerbe ist das nicht förderlich, dem Publikum aber schon lange nicht. Weiter! Die Bewegung würde bei einem Gelingen auch die gesamte Geschäftswelt in Mitleidenschaft ziehen: Annoncen, geschäftliche Formulare, Kataloge und Waarenverzeichnisse, Alles würde sich ganz bedeutend theurer zellen. Die Geschäftsleute würden wiederum diesen Aufschlag nicht tragen wollen, und in letzter Reihe ist es also abermals das Gesamtpublikum, dem die Last auf den Nacken geschoben wird. Mit einem Wort: keine einzige Lohnbewegung zieht in jeder Hinsicht so sehr alle Bevölkerungsklassen in ihren Bann, wie die in Rede stehende, daher auch die Aufmerksamkeit, mit welcher sie von allen Seiten verfolgt wird.

Das wissen aber auch die Gehilfen im Buchdruckereigewerbe und deren Hintermänner, denn die Bewegung ist viel weniger eine reine Lohnbewegung, als vielmehr eine sozialpolitische. Es handelt sich in der Hauptsache um die Durchsetzung des neunstündigen Arbeitstages, dem, wenn er erreicht würde, über lang oder kurz die Forderung nach dem berühmten achtstündigen Arbeitstage würde. Nun kann es, im Grunde genommen, ja jedem Arbeitgeber nur angenehm sein, wenn sein Personal in kürzerer

Zeit dasselbe schafft, wie in längerer, er spart dabei manche Ausgaben für Licht, Heizung usw., aber wer bietet denn die Garantie hierfür, warum soll ein weniger genügender Arbeiter gute Tage haben auf Kosten des geschickten und fleißigen, warum soll jemand, der leichte Thätigkeit hat, nicht mehr arbeiten, als ein Anderer, der sich, wie man im Volksmund sagt, "tüchtig ausarbeitet?" Und endlich, liegen denn die Dinge heute im geschäftlichen Leben Deutschlands so, daß wir nur mit Hurrah in beliebige, einschneidende Änderungen hereinspringen können? Darauf ist doch gar nicht zu denken und hiervon gar nicht zu reden. Speziell das Buchdruckergewerbe hat in den letzten Jahren eine Erhöhung der Betriebskosten erfahren, wie wohl nur wenige andere Gewerbebetriebe. Der ganze Bedarf ist im Preise gestiegen, aber nicht der Preis der fertigen Fabrikate. Hätte Deutschland beispielsweise englische Zeitungs- und Annoncenpreise, dann würde Manches anders stehen, wenn dadurch auch nicht die Principalfrage der Dauer der Arbeitszeit entschieden würde.

Wir haben von Hintermännern in der Lohnbewegung der Buchdruckereihilfen gesprochen. Daß diese bestehen, ist außer Frage, wenn sie auch nicht deutlich in die Erscheinung treten. Es handelt sich um den Beginn des früher vom Abgeordneten Bebel angekündigten Kampfes, vermittels Massenstreiks den achtstündigen Normalarbeitsstag zu erreichen. Herr Bebel hat in einer Versammlung einmal von kleinen Streiks abgerathen, die nur Geld kosten, aber nichts einbringen würden, und gerathen, einen Ausstand nur dann zu beginnen, wenn er von einem bestimmten Gewerbe im ganzen deutschen Reiche unternommen werden könnte. Allenthalben sollte in einem Gewerbe die Arbeit stillstehen, und hierdurch sollen die Arbeitgeber zur Erfüllung der Forderungen gezwungen werden. Die Buchdruckereihilfen sind nicht nur die mit am besten bezahlte Klasse von Gewerbegehilfen in Deutschland, sie sind auch die am besten organisierte. Der große Gehilfen-Verband mit seinen Einrichtungen ist von keiner zweiten deutschen Arbeiterverbindung erreicht, und er ist es, der jetzt den Kampf führt. Es handelt sich um den ersten Verstoß im Sinne des Abgeordneten Bebel, und was folgen wird, wenn dieser Verstoß gelingt, ist unschwer vorauszusehen. Hieraus erwächst ein hohes Interesse auch für die Reichsregierung und den Reichstag, die selbstverständlich darauf werden achten müssen, daß Deutschland von erneuten schweren Krisen verschont bleibt.

Wir stehen heute im Deutschen Reiche ganz genau in derselben gewerblichen und geschäftlichen Krisis, wie alle anderen Industriestaaten. Diese Krisis kann sehr bald eine Ende nehmen, sie kann aber auch noch lange dauern, und bestimmt wird sie noch lange dauern, wenn die innere Unruhigkeiten des Geschäftslebens kein Ende nimmt. Wir haben in Deutschland schon einmal ganz

außerordentlich hohe Löhne gehabt, zum Beginn der siebziger Jahre, in der sogenannten Gründerperiode, wo in großen Städten die Bauhandwerker in der Droschke zur Arbeit fahren konnten. Das hat nur kurze Zeit angedauert, und dann brachte die Geschichte zusammen. Die Arbeiter waren daran nicht Schuld, sondern die Schwindelei der Gründer, aber dies Ereignis lehrt, daß sich etwas künstlich Gemachtes nicht dauernd aufrecht erhalten läßt. Wir könnten bei dem achtstündigen Normalarbeitsstag, der selbstredend Alles, was der Mensch gebraucht, in hohem Maße vertheuern würde, bald dahin kommen, daß es auch für diese acht Stunden an Beschäftigung fehlt. Eine Unklugheit ist es in jedem Falle, zu einer Zeit, in welcher mancher Familienvater und mancher Geschäftsmann mit Sorgen dem Jahresabschluß entgegensieht, noch dahin zu arbeiten, daß eine Vertheuerung nothwendiger Bedarfssartikel eintritt. Dadurch wird Kaufkraft und die Fähigkeit, Aufträge zu ertheilen, nur immer weiter geschwächt; ein Arbeitgeber kann doch nicht immerfort auch Vorrath und für sein Lager arbeiten lassen, er muß doch auch einmal an das Geld denken, welches sein Betrieb Tag für Tag erfordert.

Wir haben die gegenwärtige Situation in Vorstehendem in aller Ruhe und Sachlichkeit besprochen, ohne jedwede persönliche Spur. Die Dinge liegen trüb genug, da ist es ganz überflüssig, noch neue Verbitterung schüren zu wollen. Es wird aber gut sein, wenn alle Theile sich gründlich rein machen, was bevorsteht, wenn wir ohne Berücksichtigung der wahren Sachlage nur immer ins Blaue hineinmarschiren. Dann wird am Ende Mancher sich den Kopf einrennen, und recht still werden. In Seiten, wo der Verdienst ein großer ist, alle Zahlungen prompt und sicher eingehen, läßt sich leicht über die Theilnahme der gewerblichen Gehilfen an dielem Gewinn reden, da werden auch nicht viele Worte verloren werden. Wenn aber, wie heute, fortwährend mit der Geschäftsläue gekämpft werden muß und alle Augenblicke Ausfälle im Verdienst und den Einnahmen kommen, die Summe der Forderungen im "schwarzen Buch" täglich wächst, ja dann ist eben nichts zu machen.

Ein Rätsel.

Roman von E. Heinrichs.

(Nachdruck verboten.)

(31. Fortsetzung.)

"Daraüber verbitte ich mir nun jeden Spott, wenn wir gute Freunde bleiben sollen," bemerkte der Doktor, sich erhebend und nach Hut und Stock greifend. "Sie wissen so gut wie ich, mein lieber Stadtsecretär, daß der alte Weide ein streng redlicher Mann, ein unbestechlicher Richter jeder schlechten That ist und im Kreise der kleinen Handwerksmeister sich eines gewissen Ansehens

erfreut. Wenn er dem Sarge eines Mannes zum Grabe folgt, auf dem der Verdacht eines Mordes ruht, und der mit diesem Verdacht beladen im Gefängniß gestorben ist, so bedeutet das in den Augen eines großen Theils der Bevölkerung soviel als eine eklatante Rechtfertigung. Oder sind Sie anderer Meinung, Freund Brandner?"

"Von dieser Seite betrachte, nein, Doctor!" erwiderte der Stadtsecretär zögernd, ich kann Niemand daran hindern, wenn jener traurige Fall wirklich eintreten sollte, hoffe aber, daß meine Tochter mir zu Liebe von einem solchen Schritte abstehe, der meine amtliche Stellung mehr gefährden könnte als die tollste Verleumdung."

"Na, ängstigen Sie sich nicht vor der Zeit, alter Freund!" beruhigte ihn der Doctor lächelnd, "ich bringe hoffentlich Niehl noch einmal durch, um ihm die Genugthuung zu gönnen, als freier Mann in seinem Hause zu sterben."

Er reichte Clara die Hand und ging. Der Stadtsecretär folgte ihm, um ihm das Geleite zu geben, was der Arzt sich diesmal ausnahmsweise gefallen ließ.

"Was mir gerade einfällt, Brandner," sagte er beim Deffnen der Haustür mit halblauter Stimme, "hat Malten eigentlich vor längerer Zeit um die Hand Ihrer Tochter angehalten?"

"O, er hatte jedenfalls die beste Absicht, es zu thun, da er uns fortwährend mit seinen Besuchen behelligte, bis meine Clara es ihm ziemlich unzweideutig zu verstehen gab, daß sie seine Courmacherei lächerlich und seine Besuche für compromittirend halte, worauf er einige anzügliche Reden losließ und nicht wieder kam. Ich war leider nicht daheim, sonst hätte ich dem Patron einen anderen Abschied zu Theil werden lassen."

"Aber damit wäre ja am Ende der Verleumder gefunden," bemerkte der Doctor erregt. "Haben Sie nie daran gedacht, Brandner?"

"Der Bursche fiel mir allerdings gleich ein," erwiderte der Stadtsecretär nachdenklich, doch wollte Clara nichts davon wissen. Sie meinte, er sei wohl leichtsinnig, doch keiner solcher Gemeinheit fähig."

"Na, dafür möchte ich denn doch nicht einstehen, Malten taugte nie etwas, — Uebrigens habe ich jetzt zu meiner Ueberraschung erfahren, daß der eigentliche Urheber des Klatsches der kleine Olsen sein soll."

"Unsinn!" rief Brandner, "der kleine Eckensteher ist ja der glühendste Verehrer meiner Tochter, womit sie häufig geneckt worden ist."

"Natürlich," stimmte der Doctor bei, "weil er auch alle Ursache dazu hat, da Fräulein Clara ihm und seiner verstorbenen Frau unzählige Wohlthaten erwiesen hat, und sie seiner Tochter wie ihm auch selber wohl noch fernerhin erweisen wird. Ich werde ihn 'mals in's Verhör nehmen, er trinkt keinen Schnaps mehr, was ihn jedenfalls bald tödten wird, da ein Säufer wie er den Alkohol nun einmal nicht ganz entbehren kann, weil der Körper daran gewöhnt ist. Na, alter Freund, verhalten Sie sich lieber ganz passiv in dieser Geschichte, wenn etwas geschehen soll, will ich's wohl besorgen, bin jüst der rechte Mann dazu."

"Ich danke Ihnen, Doctor! — Sie sind mein einziger Freund geblieben, die andern —"

"Na, was wollen Sie, — wir Menschen sind nicht alle von gleichem Kaliber," fiel der Arzt lachend ein, "ein bissel Schwäche auf der einen und ein bissel Klatschucht auf der andern

Seite bringt jenen guten Boden hervor, auf welchem jede Verleumdung, mag sie noch so widerständig sein, üppig fortwuchert. Vergessen Sie nicht, lieber Stadtsecretär, daß wir es hier nur mit einem wirklich schlechten Menschen zu thun haben, nämlich mit dem Verleumder, dessen Entdeckung und Bestrafung Sie mir überlassen werden."

Mit dieser sehr nachdrücklich gesprochenen Entscheidung und einem festen Händedruck eilte der Arzt fort, um seine Patienten nicht länger warten zu lassen.

Es war am Nachmittag dieses Tages, an welchem der Assessor von Lingen und unser wackerer Doctor, welcher zugleich als Gefängnisarzt fungirte, jene überraschenden Mittheilungen erhalten, wonach sich der alte Niehl als Mörder seines Enkels bekannte, und der Diebstahl beim Baron Reischach mit dem spurlosen Verschwinden des Volontärs Hamburt in folgerechte Verbindung gebracht werden mußte.

Mit wachsender Ungeduld erwartete der Assessor den Detectiv im Gefängnisgebäude, und empfing ihn, als er endlich erschien, mit einem strengen Verweis.

"Um Verzeihung, Herr Assessor," vertheidigte sich Lange etwas gekränkt, "ich bin seit heute Früh 4 Uhr schon auf den Beinen, und wäre viel eher gekommen, wenn ich mich nicht bei dem kleinen Olsen aufgehalten hätte, der todtkrank ist. Der Arzt, welcher gerade anwesend war, sagte mir, daß es bereits mit ihm vorbei sei, und er jedenfalls in dieser Nacht noch sterben werde."

"Ach, Sie meinen, daß er uns in der Niehl'schen Sache noch nützen könne," warf Herr von Lingen mit spöttischer Betonung ein.

"Allerdings, Herr Assessor, noch ist er ganz vernehmungsfähig, weshalb ich zur schleunigsten Protokoll-Aufnahme rathe möchte."

"Ganz unmöglich, mein lieber Lange," sagte der Assessor achselzuckend, "lassen wir den alten Säufer doch ruhig sterben, da wir den richtigen Mörder schon hinter Schloß und Riegel haben."

Der Detectiv erblaßte unb sah seinen Vorgesetzten mit dem Ausdruck fassungslosester Ueberraschung an. "Das verstehe ich nicht —" stotterte er nach einer Weile.

"Er hat bereits ein Geständniß abgelegt," setzte Herr von Lingen mit sichtlichem Triumphe hinzu, "das ich indeß noch als Geheimniß behandeln will."

Lange verbeugte sich schweigend und unterdrückte seinen Ärger sowie seine Neugierde mit gewohnter Energie.

"Ich habe eine andere Aufgabe für Sie, die Ihnen vielleicht ein lohnendes Resultat einbringen wird," fuhr der Assessor im lässigen Tone fort. "Beim Baron Reischach auf Rautenhof ist ein Diebstahl verübt, der nur von einem Bekannten oder Hausbewohner verübt sein kann. Es handelt sich um die Summe von zehntausend Mark in Banknoten. Ich habe Ihnen hier die nötigen Notizen über die vermutliche Ausführung des Raubes gemacht. Höchst wahrscheinlich steht das unerklärliche Verschwinden des dortigen Volontärs Hamburt damit in Verbindung."

Der Assessor hatte dem Detectiv ein Blatt Papier eingehändigt, das dieser rasch überslog. "Wann ist der Diebstahl ausgeführt worden, Herr Assessor? fragte Lange ruhig.

Provinzial-Märchen

— Graudenz, 6. November. (Ertrunken.) Auf der Trinke schwamm heute Nachmittag gegen 3 Uhr in der Nähe der Brücke bei Brauerei Kunterstein anscheinend ein Stück Tuch, zwei vorübergehende Soldaten sahen aufmerksam hin und sahen bald, daß unter der Umhüllung ein menschliches Wesen verborgen war. In der Nähe der kleinen Holzbrücke, welche bei der Buchthausmauer über die Trinke führt, gelang es, mittels einer Waschstange den Körper herauszuholen: Es war eine etwa 50 Jahre alte Frau in dörflicher Kleidung (vielleicht aus Tarpen) sie trug einen Ehering am Finger. Die Halsader der Frau schwieg noch und ihre Lippen bewegten sich, doch konnte sie kein Wort mehr hervorbringen, die Lunge war offenbar schon voller Wasser, denn trotz der eine Stunde lang fortgesetzten künstlichen Atmungsversuche, welche bald darauf im Krankenhaus mit der Ertrunkenen angestellt wurden, gelang es nicht, sie zum Leben zurückzurufen.

— Elbing, 6. November. (Die neue Schiffbauwerft in Danzig) geht ihrer Vollendung entgegen. Dieselbe ist großartig eingerichtet und für den Bau großer Kriegs- und Handelschiffe bestimmt. Die hiesigen ausgedehnten Werftanlagen für den Torpedobau wie die Kessel- und Maschinenfabrik werden durch die neue Werft nicht beeinträchtigt, sondern sollten im vollen Umfang weiter betrieben werden. Ja es macht sich eine stete Vergrößerung der hiesigen Anlagen nothwendig.

— Neidenburg, 6. November. (Eine ungeheure Feuersbrunst) wütete von gestern Mittag bis heute auf dem Herrn Deconomierath Schulz in Orlau gehörigen Rittergute. Das Feuer entstand in der Scheune, während darin gedroschen wurde. Das ganze etwa 100 Meter lange Gebäude mit sämmtlichen Getreide- und Futtervorräthen ist ein Raub der Flammen geworden. Herr S. erleidet, obwohl versichert, einen bedeutenden Schaden. Man vermutet, daß das Feuer böswillig angelegt sei; dem Thäter soll man bereits auf der Spur sein. Eine unbekannte Frauensperson, welche sich als die Frau eines Scheerenschleifers ausgab, sammelte vorgestern mehrfach Scheeren zum Schleifen ein. Bis jetzt wartet man jedoch vergeblich auf die ihr anvertrauten Sachen.

— Goldap, 6. November. (Ertroren.) Am vergangenen Sonnabend wurde der Käthner G. aus Buttluhnen im Chausseegraben ertrunken vorgefunden.

— Aus der Rominter Heide. (Das 700 Morgen große Gut Binnenwalde), inmitten der Hochwälder Heide und etwa eine Meile von Theerbude belegen, ist nun mehr definitiv in den Besitz des Staates übergegangen. Dieses Areal anzukaufen lag schon lange in der Absicht des Fiskus, denn daselbe war anfänglich als Standort für das kaiserliche Jagdschloß bestimmt. Binnenwalde besitzt etwa 400 Morgen vorzüglicher, zu beiden Seiten der Rominte belegener Waldwiesen, das übrige Areal von über 300 Morgen, welches aus Ackerland besteht, soll ausschließlich zur Anpflanzung von Eichenwäldern benutzt werden. Die schon altersschwachen Baulichkeiten des Gutes werden abgebrochen und an ihrer Stelle wird demnächst ein neues Forstestablissemant erstehen. Auf kaiserlichen Befehl soll dies alles noch im Laufe des nächsten Frühjahrs und Sommers ausgeführt werden.

(Fortsetzung folgt.)

Verantwortlicher Redakteur Wilhelm Grupe in Thorn.